

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

63 (22.12.1947)

Die Deutsche Allgemeine Zeitung

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Zerchenungstags: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.30, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM 0.20 Trägersgebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.50 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpr.: Die 20 mm br. Nonp.-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.30; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanzeigen RM 2.—. Ambl. Anzeigen 50 % Nachl.

1. Jahrgang / Nummer 63

Montag, den 22. Dezember 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Marshall an das amerik. Volk

Washington, 20. Dez. (Dena-Reuters) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte am Freitag, daß eine europäische Friedensregelung bis zu dem Zeitpunkt unmöglich erscheine, an dem das Programm der europäischen Gewandung erfolgreich durchgeführt und die kommunikativen Versuche, dieses Programm zum Scheitern zu bringen, unterdrückt seien.

Wir bringen den Wortlaut der Rede des Außenministers Marshall auf der zweiten Seite unserer heutigen Ausgabe

Das 20millionste Geschenkpaket

Berlin, 21. Dez. (Dena) Das 20millionste amerikanische Geschenkpaket seit Ende des Krieges wird in dieser Woche in Bremen eintriften. Von diesen 20 Millionen von Privatpersonen in den USA an bestimmte Empfänger in Deutschland gerichteten Paketen, die nicht mit CARE- und C.R.A.L.O.G.-Paketen verwechselt werden dürfen, gingen 2 Millionen in die amerikanische Zone über 7 Millionen in die britische, anschließend 1.750.000 in die französische und 1.750.000 in die sowjetische Besatzungszone, einschließlich Berlin. Im November gingen 1.748.000 Geschenkpakete ein. Dies ist die größte bisher in einem Monat verzehnte Menge.

Weihnachtszyklida des Papstes

Bad Nauheim, 21. Dez. (Dena) Papst Pius XII. rufte wie BBC meldet, in einer Weihnachtszyklida die Katholiken der ganzen Welt auf, die Lehre Christi zu beachten und für den noch immer nicht gesicherten, heidnischen Frieden zu beten. Die soziale Krise, so heißt es in der Enzyklika, sei so groß, daß jeder, vor allem aber derjenige, der noch etwas übrig habe, die allgemeine Wohlfahrt vor den privaten Nutzen stellen müsse. Die Enzyklika schließt mit den Worten: „Der Grund allen Elends, das in der letzten Zeit über uns gekommen ist, liegt darin, daß der Glaube an Christus aufgegeben worden ist und daß das Leben des Einzelnen und der Öffentlichkeit nicht mehr von ihm bestimmt wird.“

Welt-Rundschau

WASHINGTON (Dena-Reuters). Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten billigte eine Kriegsschadensverpflichtung in Höhe von 10 Millionen Dollar an die Schweiz und 1 Millionen Dollar an andere neutrale Staaten, die durch die US-Armee Schaden erlitten haben.

WASHINGTON (Dena-Reuters). Eine Gruppe amerikanischer Redaktoren und Zeitungsverleger, die als Gäste der amerikanischen Armee Deutschland, Österreich, Triest, Frankreich und England besucht hatten, erklärten bei ihrer Rückkehr einstudiert, der Hunger sei das stärkste Hemmnis des Wiederaufbaus.

WASHINGTON (Dena-Reuters). Der amerikanische Kongreß wird am 17. Februar — am Tage nach dem Repräsentantentag und dem Senat — über die Nationalversammlung und den öffentlichen Gehör zu verschließen.

NEW YORK (Dena-Reuters). Die Vereinigten Nationen wollen im Februar 1948 eine „Versammlung der Kinder“ nach Lake Success abhalten, um der UN-Kinderhilfe in der Öffentlichkeit mehr Gehör zu verschaffen.

NEW YORK (Dena-Reuters). Der Weltkinderhilfsrat lehnte laut INS einen sowjetischen Antrag, die Erziehung der Vertriebenen zu verschieben, mit dem gegen zwei Stimmen — die Polen und der USSR — ab.

LONDON (Dena-Reuters). Der sowjetische Minister für Transport- und Maschinenbauindustrie, W. Malyschew, wurde, wie der Moskauer Rundfunk meldet, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion ernannt. Das Kabinett, dessen Ministerpräsident Stalin ist, umfaßt etwa 70 bis 80 Minister.

OSLO (Dena-Reuters). Der 58jährige norwegische Dichter Knut Hamsun wurde wegen Landesverrats zu einer Geldstrafe von 42.000 norwegischen Kronen verurteilt. Hamsun stand unter der Anklage, als Mitglied der norwegischen Nationalpartei an verbotlichen Handlungen während des Krieges teilgenommen zu haben.

PARIS (Dena-Reuters). Bei der Diskussion der französischen Regierungspolitik, die im Rahmen der Nationalversammlung erklärt wurde, erklärte die Regierung, sie werde die Nationalversammlung unterstützen, fürchten aber eine baldige Auflösung der Nationalversammlung. Ein kommunikativer Antrag gegen die Regierungspolitik wurde abgelehnt.

PARIS (Dena-Reuters). Der französische Verteidigungsminister Pierre H. Teilhan erklärte laut AFP vor der Kommission für nationale Verteidigung, er wünsche, die Militärdienstzeit würde auf 18 Monate verkürzt.

ROM (Dena-Reuters). 200.000 Arbeiter der Lebensmittelversorgung in ganz Italien sind am Samstag mit der Forderung auf höhere Löhne in den Generalstreik getreten.

ROM (Dena-Reuters). Die von einer Kommission alliierter Flottenachate selbstgestiftete Liste italienischer Schiffe, die auf Grund des Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland geteilt werden sollen, umfaßt, wie laut AFP das römische Blatt „Giornale della Sera“ erfahren haben wird, 24 Kriegsschiffe und 41 Hilfsfahrzeuge.

SOFIA (Dena-Reuters). In der bulgarischen Nationalversammlung wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, wonach das Vermögen der beiden ehemaligen Könige von Bulgarien — König Boris, der im Jahre 1918 nach einem Bruch bei Hildesheim unter russischen Umständen starb, und König Ferdinand, der 1918 abtrat — beschlagnahmt werden soll.

SCHANGHAI (Dena-Reuters). Mongolische Einheiten der chinesischen Regierungstruppen stießen von Jehol in Einklang mit der Mandschurei, die Hauptstadt der Mandschurei, vor, die von den Kommunisten immer stärker bedroht wird.

MOSKAU (Dena-Reuters). Generalissimus Stalin wurde am Sonntag, seinem 68. Geburtstag, bei den in der ganzen Sowjetunion zum erstenmal seit 1935 durchgeführten Gemeindevahlen im 32. Wahlbezirk Moskau mit 100% in den Stadt-Sowjet gewählt.

Alle Einzelpläne angenommen

Beendigung der Etatberatungen und der diesjährigen Parlamentsarbeit im Landtag

Stuttgart, 20. Dez. (Ztg. Ber.) Der württembergische Landtag hat am Freitag in einer mehr als 10stündigen Sitzung die restlichen Einzelpläne des Haushaltsplans 1947 in 3. Beratung angenommen und damit seine diesjährige Arbeit beendet. Die 3. Beratung und damit die endgültige Annahme des Gesamtplanes ist für den 4. Januar 1948 vorgesehen. Landtagspräsident Wilhelm Kell beglückwünschte in einem lebhaft begrüßten Ueberblick über die Arbeit des hinter uns liegenden Jahres Abgeordnete und Regierung zu ihrer, wenn auch oft schwierigen, so doch im ganzen erfolgreichen Arbeit, die von dem jungen Parlament im kommenden Jahr mit der gleichen Energie und Hingebung zur demokratischen Staatsidee wieder aufgenommen werden soll.

Im einzelnen wurden in der letzten Sitzung dieses Jahres die Einzelpläne des Ministeriums für politische Befreiung, der württembergischen Landwirtschafts- und Forstverwaltung sowie der badischen Finanz- und Bauverwaltung nach teils fruchtbaren Debatten angenommen. Die nur 3prozenteige Steigerung an Gebühreinnahmen und die 5prozenteigen Mehreinnahmen an Sühngeldern bei den um das 3fache gesteigerten Ausgaben gegenüber dem letzten Jahr lassen im Etat des Befreiungsministeriums erkennen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der dieses Ministerium keinen Ueberschuß mehr einbringen, sondern Steuergelder zur Fortsetzung der Entnazifizierung herangezogen werden müssen.

Minister Stöcker in der sehr gedämpften Optimismus einen Einblick in die württembergische Versorgungslage gab, äußerte sich zum Haushaltsplan seines Ministeriums und sagte, ihn gräue selbst vor der Größe des Verwaltungsapparates, aber solange alle Aufträge des Volkes, der Regierung, der Zweiten Verwaltung und der Militärregierung erfüllt werden sollten, gehe es eben ohne diesen Apparat nicht. Kultminister Dr. Bäuerle verteidigte die in der Debatte angegriffene Arbeit seines Ministeriums und bezeichnete die größtmögliche Förderung der Volksschulen als Voraussetzung für jede Schulreform. Ein Röntgen-Reihenuntersuchungs-Gesetz für die gesamte Bevölkerung und ein Änderungsvorschlag des Staatsabkommens über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in Berlin mit Sitz in München wurde trotz des kommunistischen Vorwurfs separatistischer Tendenzen angenommen und damit die diesjährige Parlamentsarbeit beendet.

Minister Kamm tritt zurück

Stuttgart, 21. Dez. (Dena) Der württembergisch-Badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte, das Rücktrittsgesuch des Befreiungsministers Gottlob Kamm habe sich erledigt, da der im Nürnberg Juristenprozess freigesprochene ehemalige Senatspräsident Hermann Cuhorst sofort nach seiner Ueberführung in die französische Zone verhaftet und in das Internierungslager Ludwigs eingeleitet worden sei. Das Kabinett habe es aus diesem Grunde nicht mehr für notwendig erachtet, zu

dem Rücktrittsgesuch Kamm Stellung zu nehmen. Befreiungsminister Kamm hatte am Montag, 8. Dez., als Protest gegen die Ueberführung Cuhorsts in die französische Zone seinen Rücktritt eingereicht.

Versuchslieferungen aus Amerika

Frankfurt, 21. Dez. (Dena) Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat verschiedene Gemüsesorten an die Bizone zum Probelauf versandt. Der Transport wird voraussichtlich Anfang 1948 eintreffen. Weiter sind die Bemühungen im Gange, verschiedene Bastkartoffelsorten aus den USA zu Versuchszwecken einzuführen. Die Lieferung der Versuchssaatenerfolgt kostenlos, jedoch sind die deutschen Behörden für eine genaue

Untersuchung der Aussaatergebnisse verantwortlich. Wie das Zweimächtekontrollamt weiter mitteilte, ist eine Versuchslieferung amerikanischer Volkornmehls, bei dem das gesamte Korn ohne Abfall zu Mehl verarbeitet worden ist, in der Bizone eingeführt. Augenblicklich beträgt die Extraktionsrate für Weizen- und Roggenmehl in der Bizone 80 Prozent, während sie in den USA nur 10 Prozent ausmache. Mit dem zu Versuchszwecken eingeführten Volkornmehl soll Brot gebacken werden, um den Unterschied zu dem deutschen Broyentigen extrahierten Mehl festzustellen. Das amerikanische Mehl werde zur Verteilung an deutsche Verbraucher gelangen.

SMA setzt Kaiser und Lemmer ab

Berlin, 21. Dez. (Dena) Der erste Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Zone, Jakob Kaiser, wurde durch einen Vertreter der sowjetischen Militäradministration davon in Kenntnis gesetzt, daß er und der zweite CDU-Vorsitzende Ernst Lemmer ihrer Ämter enthoben seien. Die Landvorsitzenden der CDU in Sachsen und Mecklenburg, Prof. Dr. Hugo Hickmann und Dr. Reinhold Lohdanz, wurden einseitig mit dem Vorsitz der Partei beauftragt, als deren Vorstand die SMA die sechs Landesvorsitzenden der Sowjetzone anleitet. Mit der vorläufigen Geschäftsführung der CDU in der sowjetischen Zone wurden der stellvertretende CDU-Vorsitzende in Berlin, Dr. Heinrich Krone, Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg, Dr. Wilhelm Weiß und Otto Nuschke beauftragt. Dr. Friedensburg und Dr. Krone lehnten jedoch die Uebernahme dieses Amtes ab.

Kaiser und Lemmer stehen, wie Dena erzählt, auch weiterhin auf dem Standpunkt, daß nur ein außerordentlicher CDU-Parteikongreß sie von ihren Posten abbürgen kann. Durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht seien sie jedoch an der Ausübung der ihnen

vom Parteikongreß einstimmig übertragenen Ämter behindert. Der von den sechs CDU-Landesverbandsvorsitzenden bei Oberst Tulpanow, dem Leiter der politischen Abteilung der SMA, vorgebrachte Vorschlag, einen Parteikongreß zur Entscheidung über die Abberufung der beiden Vorsitzenden Kaiser und Lemmer einzuberufen, wurde von der SMA abgelehnt. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte durch ihren Verbindungsoffizier der CDU, Hauptmann Krahn, mitteilen lassen, daß die SMA bis auf weiteres die Vorsitzenden der sechs CDU-Landesverbände der sowjetischen Zone als oberste Vertretung der Partei betrachte. Den Vorsitz sollten vorläufig die Landesverbandsvorsitzenden von Mecklenburg und Sachsen, Dr. Reinhold Lohdanz und Professor Dr. Hugo Hickmann, führen.

LDP der Sowjetzone berät neue Lage

Berlin, 21. Dez. (Dena) Der Vorstand der LDP in der sowjetischen Zone wird sich, wie aus LDP-Kreisen verlautet, in seiner Vorstandssitzung mit der politischen Lage beschäftigen, die durch die Ereignisse in der CDU entstanden ist, und wird dazu Stellung nehmen.

Die Ueberlegenheit der alliierten Luftwaffe

Deutsche Kriegsführung war im Bild über die wirkliche Lage

London, 21. Dez. (Dena-Reuters) Aus einem während des Krieges erarbeiteten Dokument der deutschen Luftwaffe geht hervor, daß die deutsche Kriegsführung seit dem Jahre 1941 die Ueberlegenheit der alliierten Luftstreitkräfte trotz gegenteiliger Behauptungen der Gdtschischen Propaganda erkannt hatte. Das Dokument, dessen Uebersetzung vom britischen Luftfahrtministerium freigegeben wurde, gibt die fortschreitende Verringerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Luftwaffe offen zu, während die britischen Luftstreitkräfte später mit Unterstützung der amerikanischen Luftflotten an Zahl und Einzelkraft immer stärker wurde, bis sie schließlich eine „erdrückende Uebermacht“ darstellte. Die schnellen Siege der deutschen Kriegsführung in Polen, Norwegen und im Westen führt der Verfasser des Dokuments auf die deutsche Luftüberlegenheit zu Beginn

des Krieges zurück. Das Dokument erkennt die Leistungen der britischen Luftstreitkräfte an, die im Luftkrieg über Großbritannien die Luftbeherrschung gewannen und auch Angriffe gegen den Kontinent unternahm. Die deutschen Jäger waren seit 1942 durch die Feuerstärke der amerikanischen Maschinen gezwungen, die alliierten Bomber in engen Verbänden anzuliegen, erlitten aber auch dabei große Verluste. Wegen des starken Jägerschutzes der alliierten Luftflotte mußte Deutschland seine vorgeschobenen Flugplätze nach Osten verlegen.

Als der Invasionsbrückenkopf in der Normandie erweitert worden war und Verbände von Bombern mit kleinem Aktionsradius vom Kontinent aus operieren konnten, waren die Nachschublinien zur deutschen Front sowie Verbindungswege weit hinter ihr in dem Kampfbereich einbezogen worden. Die alliierte Luftfähigkeit, führt das Dokument aus, war demnach konzentriert, daß dadurch tagsüber teilweise der gesamte Verkehr hinter den deutschen Linien lähmgelegt wurde.

Das Ende vorausgesehen

London, 21. Dez. (Dena-Reuters) Innerhalb sechs Wochen nach der Landung der Alliierten in der Normandie waren die deutschen Oberbefehlshaber davon überzeugt, daß die Niederlage Deutschlands unvermeidlich war, geht aus einigen vom britischen Kriegsministerium veröffentlichten Dokumenten der ehemaligen deutschen Armee hervor. Nach diesen Dokumenten, die über die Ereignisse von Mitte Mai bis Anfang Oktober 1944 Aufschluß geben, legten die deutschen Generale Hitler ihre Ansichten dar, bestanden jedoch darauf, den Kampf fortzusetzen. Fünf Tage nach der Landung

Englische Warnung vor Polizeistaat

London, 21. Dez. (Dena-Reuters). „Das Vordringen des totalitären oder Polizeistaates in Europa und der Welt ist bedrohlicher als jemals zuvor und muß aufgehalten werden, ehe es zu spät ist“, heißt es in einem Manifest, das im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Londoner Außenministerkonferenz von einer Gruppe bekannter britischer Politiker aller Parteien herausgegeben wurde. Der Kommunismus, so heißt es in dem Manifest, sei heute in der Welt stärker, als es jemals der Faschismus war. Alle Versuche zu einer Kontrolle der Atomenergie zu kommen, seien durch die Hartnäckigkeit der Sowjetunion zur Fruchtlosigkeit verurteilt gewesen. „Wenn wir nicht in sehr naher Zukunft“, so sagt das Manifest, „zu einer strengen internationalen Kontrolle der Atomenergie kommen, werden wir einer verwerflichen Weltlage gegenüberstehen.“ Kommunismus, Faschismus und Nazis-

Deutschland-Rundschau

Vertrieb Westfalen
Stuttgarter (Dena). Die Neuwahlen der Landräte in den Landkreisen Württemberg und Baden finden nach Mitteilung des württembergisch-badischen Innenministeriums in der Zeit vom 18. Januar bis 25. Februar 1948 statt. Die Wahl der Bürgermeister erfolgt im Landkreis Württemberg in Gemeinden mit 2500 Einwohnern in der Zeit vom 1. Februar bis 21. März, in Gemeinden über 5000 Einwohnern wird der Wahltag vom Gemeinderat bestimmt. Im Landkreis Baden wird die Wahl der Bürgermeister in allen Gemeinden am 1. Februar durchgeführt.

Stuttgarter (Dena). Das Kriegsflaggenbeschlagnahmegericht (Kreisflaggenbeschlagnahmegericht) in Stuttgart hat die Beschlagnahme von 13.000 Hakenkreuzen aus französischer Kriegsflaggenbeschlagnahmegericht, wie das Staatskommissariat für das Flaggenwesen in Württemberg-Baden bekanntgab.

Bad Nauheim (Dena). Die amerikanischen Postämter für in das Ausland gehende Briefe und Päckchen ist aufgehoben. Die Ueberwachung dieser Sendungen auf Devisen und Waren, deren Ausfuhr absondere Genehmigung durch die Militärregierung verboten ist, geschieht nunmehr durch die deutschen Zollbehörden.

Frankfurt (Dena). Die Verwaltung für Ernährung gab bekannt, daß in der 118. Periode Bayern keinen Fisch in Württemberg-Baden nur halb soviel Fisch erhalten werde, wie die übrigen Länder der Bizone. Beide Länder hatten im Sommer bei dem überaus hohen Fleischpreis auf Grund der Dürre zusätzlich Fisch ausgeführt.

Frankfurt (Dena). Liebesgabenpakete aus den Vertriebenen Stätten nach Deutschland können per Expressluftpost versandt werden, erklärte der Pressenachrichtendienst des „American Overseas Airlines“. Die Pakete dürfen keine Zigaretten und keine anderen verbotenen Artikel enthalten.

Kassel (Dena). Der KPD-Kreisvorsitzende von Lahn- und Fulda, Georg Sippel, wird sich in Kürze wegen Fragebogenangelegenheiten in verantwortliche Funktionen in Berlin begeben, das Sippel während seiner Zeit in der NSDAP gewesen war.

Fulda (Dena). Auf Anordnung der Feldzer Bischöflichen Konferenz wird vom 27. bis 31. Dezember in allen deutschen Diözesen eine Gebets- und Opferwoche für Kriegsgefangene gehalten. Die Gebetswochen werden in dieser Zeit zu ständigen Gebet sowie Geld- und Sachspenden aufgefordert. Mit den Spenden sollen die Hakenkreuzer bedacht werden, die keine Angehörigen haben oder deren Angehörigen infolge des Krieges Hunn und Hungern.

Dortmund (Dena). In der Nacht zum Samstag entzündete sich in der Zeche Grotte in Dortmund ein Grobenzgas, bei dem fünf Kumpel ums Leben kamen. 10 Bergleute erlitten durch einfallende Expansionsgas leichte Verletzungen. Die Ursache der Explosion, durch die ein Verbindungsseil einstrahlte, ist noch nicht festgestellt.

Vierzonenstadt Berlin
Berlin (Dena). Vier in Hamburg neugegründete Versicherungsgesellschaften wurden teilw. von dem britischen Kontrollkomitee genehmigt. Die Liquidation des aufgelösten DAF-Versicherungsbundes ist abgeschlossen. Mit der Übernahme der Versicherungsbetriebe wurde die Zonenorganisation der „Leipziger Kapitalversicherungs A.-G.“ beauftragt.

Berlin (Dena). Ein Sonderbeauftragter des amerikanischen Kriegsministeriums befindet sich in Deutschland, um ein Generalstab-Objekt bei der Ueberwachung angesehener Schützengarnschaften amerikanischer Personals unterstützen, gab OMGUS bekannt.

Berlin (Dena). Amerikaner in der US-Zone können nunmehr Care-Pakete direkt in Deutschland bestellen, wie OMGUS mitteilt. Das neue Verfahren gestattet diesen Personen, Pakete unmittelbar bei den Büros der Care-Organisation und das „Centre of Relief International“, die sich in allen größeren Städten befinden, zu bestellen. Eine Uebermittlung der Zahlungsumstände nach den USA ist nicht mehr notwendig.

Berlin (Dena). Die amerikanischen Besatzungstruppen in Berlin werden solange in der Höhe von vier Millionen kontrolliert werden, wie es sich im amerikanischen Besatzungsgebiet in Deutschland gibt, erklärte Oberst Frank L. Howley, Direktor der amerikanischen Militärregierung für den US-Sektor Berlin.

Berlin (Dena). Der Landesverband Berlin der CDU beschloß nach Mitteilung der Pressestelle des Ausschußes für Land- und Forstwirtschaft der Vizepräsidenten der deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone.

Der Alliierten höchste Feldmarschall Rommel einen Bericht an Generalfeldmarschall Keitel, in dem er die Niederlage hauptsächlich wegen der alliierten Ueberlegenheit in der Luft vorausah. Als Rommel schwer verletzt wurde, übernahm Feldmarschall v. Kluge sein Kommando und sandte an Hitler die letzten Feststellungen Rommels, in denen es hieß, daß sich der ungleiche Kampf dem Ende näherte — ein Schluß, mit dem v. Kluge selbst übereinstimmte.

Das Manifest, das im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Londoner Außenministerkonferenz von einer Gruppe bekannter britischer Politiker aller Parteien herausgegeben wurde. Der Kommunismus, so heißt es in dem Manifest, sei heute in der Welt stärker, als es jemals der Faschismus war. Alle Versuche zu einer Kontrolle der Atomenergie zu kommen, seien durch die Hartnäckigkeit der Sowjetunion zur Fruchtlosigkeit verurteilt gewesen. „Wenn wir nicht in sehr naher Zukunft“, so sagt das Manifest, „zu einer strengen internationalen Kontrolle der Atomenergie kommen, werden wir einer verwerflichen Weltlage gegenüberstehen.“ Kommunismus, Faschismus und Nazis-

Labour-Party gegen Sabotage-Kampagne

London, 21. Dez. (Dena-Reuters) Die britische Labour-Party fordert ihre Mitglieder zur Bekämpfung einer für die kommenden Monate zu erwartenden Sabotagekampagne der Kommunisten und ihrer Mitarbeiter auf. In einer von dem Generalsekretär der Partei, Morgan Phillips, an alle angeschlossenen britischen Organisationen herausgegebenen Erklärung heißt es: „Wir können uns auf kommunistische inspirierte Versuche gefaßt machen, in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen Unzufriedenheit hervorzurufen, die ein Herabsinken und eine Behinderung des Produktionsfeldzuges, von dem der Wohlstand und die Wiederherstellung unseres Landes abhängt, zur Folge haben könnte. Diese Erklärung folgte den am Sonntag veröffentlichten Berichten, wonach maßgebende Mitglieder der Labour-Party eine neue kommunistische Streikoffensive in Westeuropa nach vor dem Frühling erwarten, wobei — wie man glaubt — diesmal ernstlich der Versuch unternommen werden soll, Großbritannien mit einzubeziehen.“

In der Bekanntgabe Phillips heißt es weiter, die Kommunisten erwägen in den britischen Gewerkschaften immer mehr Einfluß. Sie würden wahrscheinlich ihre Versuche intensivieren, besonders durch Gewerkschaftstätigkeit, die Labour-Bewegung von innen heraus zu unterminieren und zu zerstören. „Die Mitglieder der Labour-Party können durch die Anwendung ihres vollen Einflusses bei der Arbeit in den Gewerkschaften und in anderen demokratischen Organisationen bei der Bekämpfung dieser destruktiven kommunistischen Kampagne eine entscheidende Rolle spielen. In vielen europäischen Ländern haben die Kommunisten alle Freiheiten mit Füßen

getreten. Wir können nicht gestatten, daß hier dasselbe geschieht, weil wir zu frei und zu gleichgültig sind, unsere eigene sozialistische Sache mit Nachdruck, Geduld und Enthusiasmus zu betreiben. Ewige Wachsamkeit ist immer noch der Preis der Freiheit.“

Spaltung der franz. Gewerkschaften

Paris, 20. Dez. (Dena-Reuters) Die Leiter der nichtkommunistischen Minderheit innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes CGT beschlossen mit großer Mehrheit den sofortigen Bruch mit dem Gewerkschaftsbund. Die Delegierten, die an der Abstimmung teilnahmen, behaupteten, im Namen von über einer Million französischer Arbeiter zu handeln. Delegierte der Minderheit aus ganz Frankreich waren auf der Sitzung vertreten. Die Resolution, die auf der Sitzung angenommen wurde, appelliert an alle Gewerkschaftsorganisationen in ganz Frankreich, Vertreter zu ernennen, um zur Errichtung einer neuen und unabhängigen zentralen Gewerkschaftsorganisation im Mutterland und in den Kolonien Frankreichs eine verfassungsgebenden Kongreß abzuhalten. Die neue Gewerkschaftsorganisation solle sich „persönlicher Macht“ widersetzen. Das Ziel sei die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von allen politischen Parteien. Die Resolution bekräftigt die kommunistische Mehrheit des Vorstandes der CGT der Verletzung seiner Statuten und der Mißachtung demokratischer Methoden. Der von den Kommunisten gegen die Gewerkschaftsmitglieder ausgeübte Druck und die Gewaltmaßnahmen während der kürzlichen Streiks wurden in der Resolution verurteilt. Für den Bruch mit der CGT wurden 22 und gegen diesen Beschluß 5 Stimmen abgegeben, 14 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Marshall rechtfertigt die amerikanische Haltung

Ein Rückblick auf die Konferenz — Stellungnahme zur Deutschlandfrage — Kritik an der russischen Taktik

Washington, 20. Dez. (Dena-OANS). Das Ergebnis der kürzlichen Tagung des Außenministeriums in London war überraschend. Ich bin mir darüber im Klaren, daß die vielen langen Erklärungen, sowie die häufigen grundlegenden Meinungsverschiedenheiten für die allgemeine Öffentlichkeit sehr verwirrend waren. Auch haben die beständigen Behauptungen gegen den guten Glauben, die Integrität und die Ziele der Regierungen der Westmächte, insbesondere die der Vereinigten Staaten, notwendigerweise in großem Maße zu dieser Verwirrung beigetragen. Dies war tatsächlich eines der Ziele dieser Angriffe.

Ich hatte von vornherein mit großen Schwierigkeiten bei der Erreichung eines umfassenden Übereinkommens gerechnet, aber ich hatte doch die Hoffnung, daß wir vielleicht drei oder vier grundlegende Entscheidungen treffen könnten, die eine unmittelbare Aktion der vier Mächte zur Erleichterung der Situation in Deutschland in diesem Winter und zur weitgehenden Besserung der Aussichten für ganz Europa gestatten würden. Daß es uns nicht gelang, auch nur ein einziges derartige Übereinkommen zu erreichen, ist die größte Enttäuschung.

Die Delegation der Vereinigten Staaten ging mit gutem Willen nach London, wie ich es in Chicago als unsere Absicht bekanntgegeben hatte. Darüber hinaus gingen wir mit dem besten Entschluß, die seit der Kapitulation bestehende Aufteilung Deutschlands zu beenden. Wir waren weiter entschlossen, daß zu irgendeinem Zeitpunkt ein echtes und durchführbares Übereinkommen sein sollte, und nicht eines, das, wenn man es in Deutschland in Kraft setzt, sofort im alliierten Kontrollrat behindert und vereitelt würde.

Ein Überblick über die Konferenz Die Hauptfrage, wie wir sie vor Eröffnung der Londoner Konferenz sahen, war, ob die Alliierten untereinander zu einem Übereinkommen über die Wiedervereinigung Deutschlands gelangen konnten oder nicht. Die Frage des österreichischen Vertrages war noch einfacher und hatte sich bereits auf der Moskauer Konferenz klar herausgeschält. Da die beiden Hauptpunkte, die ich dargelegt habe, die dominierenden Faktoren in unseren Besprechungen sein würden, waren drei der Delegationen übereingekommen, daß der österreichische Vertrag zuerst und die wirtschaftlichen Prinzipien zur Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit

als Nächstes behandelt werden sollten. Wir hatten das Gefühl, daß diese Reihenfolge logisch und notwendig war, wenn wir mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg die restlichen Punkte unserer Te-

gesondnung besprechen wollten. Die sowjetische Delegation war anderer Ansicht und bestand darauf, daß die Fragen der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages der Vorrang vor den Fragen einer sofortigen deutschen Wirtschaftseinheit eingeräumt werden sollte.

Um die Konferenz ins Rollen zu bringen, wurde schließlich der Annahme des sowjetischen Ersuchens zugestimmt, daß die Vorbereitungen eines deutschen Friedensvertrages als zweiter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Folge davon war, — mit Ausnahme eines Tages, an dem Oesterreich der österreichische Vertrag erörtert wurde —, daß die Konferenz erst nach zehn Sitzungstagen wirklich zum Kern der deutschen Fragen vordrang. Diese ersten zehn Sitzungen waren der fruchtlosen und etwas unwirklichen Diskussion des Mechanismus zur Vorbereitung eines schließlichen deutschen Friedensvertrages gewidmet, bevor die Frage, ob es ein vereinigtes Deutschland geben sollte oder nicht, überhaupt in Erwägung gezogen worden war. Doch gab es während dieser Diskussionsphase eine Frage von wirklicher Bedeutung, die nicht nur zu einem deutschen Friedensvertrag, sondern auch zu der unmittelbaren Situation Deutschlands in direkter Beziehung stand. Dies war

die Frage der gegenwärtigen und künftigen Grenzen des deutschen Staates.

Eine ernsthafte Behandlung eines Friedensvertrages konnte nicht erfolgen, ohne daß man sich zunächst damit beschäftigte, welches das Gebiet des künftigen deutschen Staates sein sollte. Drei Delegationen hatten sich bereits dafür ausgesprochen, daß das Saargebiet von Deutschland abgetrennt und in die französische Wirtschaft einbezogen werden sollte. Molotov weigerte sich, eine bindende Stellungnahme seiner Regierung zu diesem Punkte abzugeben. Bei dieser entscheidenden Frage der Grenzen befürworteten drei Delegationen die Schaffung einer oder mehrerer

Grenzkommissionen, die eine Sachverständigenprüfung aller vorgeschlagenen Änderungen der vorkriegsgränzlichen Verhältnisse vornehmen sollten. Molotov verweigerte seine Zustimmung. Es war für mich unmöglich, sein dringendes Beharren auf der Notwendigkeit einer beschleunigten Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages mit seiner kategorischen Ablehnung der Ernennung von Grenzkommissionen in Einklang zu bringen, welche die drei Delegationen als einen unumgänglichen notwendigen ersten Schritt bei jeder sinnhaften Vorbereitung einer künftigen deutschen Friedensregelung betrachteten. Zahlreiche andere Fragen, welche die tatsächliche Vorbereitung jedes Friedensvertrages betreffen, wurden erörtert, ohne daß Übereinstimmung erzielt wurde.

Problem nicht ganz vertraut sind, möchte ich klarlegen, daß vor zwei Jahren in Potsdam ein andächtigtes Abkommen getroffen worden war, wonach Reparationsleistungen durch den Transfer überschüssiger Kapitalgüter wie Fabriken, Maschinenanlagen und Abstands-guthaben, nicht aber durch zeitweilige Abgaben aus der täglichen Erzeugung der deutschen Produktion geleistet werden sollten. Ein Grund für diese Entscheidung war, Unmöglichkeiten zu vermeiden, die dann Jahre hindurch zwischen Deutschland und den Alliierten fort-dauern würden, wie auch unter den Alliierten selbst, was die deutsche Zahlungs-fähigkeit und den tatsächlichen Wert der an Waren zu leistenden Zahlungen betruft. Es stand weiter eindeutig fest, daß Deutschland für viele Jahre in einem verzweifelten Kampf um den Aufbau eines ausreichenden Außenhandels verwickelt würde, um für die Lebensmittel und sonstigen Waren zu bezahlen, von

Kategorische Weigerung Molotows

Die sowjetische Haltung wurde nir-gends klarer gemacht, als durch Molotows kategorische Weigerung, dem Außenministerium Informationen über die bereits aus der Ostzone entnommenen Reparationen zur Verfügung zu stellen, oder auch nur irgend-welche Informationen über die dortige Lage zu geben, bis ein völliges Überein-kommen erreicht worden sei. Es war in der Tat so, daß wir ihnen Aufschluß geben sollten über das, was sich in den Westzonen abspielte hat — was wir bereits getan haben —, und sie sahen uns überhaupt nichts. Diese Weigerung, die für Entscheidungen über die Organi-sation der deutschen Einheit absolut not-wendigen Informationen zu geben, würde an sich schon jedes Übereinkommen un-möglich gemacht haben. Eine bemerkens-werte Illustration der Haltung der Sow-jets in dieser Angelegenheit war ihre bei-dende Kritik an den Wirtschaftsmä-ßnahmen in unseren Zonen, die wir frei und für die Welt zum Lesen veröffent-lichten, während sie sich gleichzeitig rund heraus weigern, überhaupt irgend-welche Angaben über ihre Zone zu machen. Es wurde schließlich klar, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Fortschritt erzielen konnten, ja daß offenbar gar nicht der Wille vorhanden war, eine Regelung zu erreichen, son-dern nur das Interesse, immer weiter reden zu halten, die für ein anderes Publikum bestimmt wa-ren, so daß ich vorschlug, wir sollten uns verabsagen.

Es wurde auf der Tagung kein Boden verloren noch gewonnen, nur liegen jetzt die Probleme und die Hindernisse viel klarer zutage.

Wir können zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein vereinigtes Deutschland erwarten. Wir müssen deshalb in dem Gebiet, in dem sich unser Einfluß auswirken kann, unser Bestes tun.

Alle müssen anerkennen, daß die zu Überwindenden Schwierigkeiten unge-heuer sind. Die mit der Friedensregelung für Italien und die ehemaligen Satel-litenstaaten zusammenhängenden Pro-bleme waren im Vergleich dazu einfach, da keines dieser Länder in Besetzungszonen aufgeteilt war und alle eine bereits bestehende Art Regierung hatten. Deutschland ist im Gegensatz dazu in vier Teile — vier Zonen — unterteilt, wobei keine Spur einer gesamtdeutschen Regierung übrig blieb.

Es gibt eine weitere, und wie ich glaube, noch grundlegendere Ursache für die Behinderung, auf die wir in unseren Bemühungen zur Erreichung eines wirk-

denes es vom Ausland abhängig wird. Das beste Mittel, das ich für diese Phase der Situation geben kann, ist die augen-blickliche Notwendigkeit für Großbritannien und die Vereinigten Staaten, jähr-lich etwa 750 Millionen Dollar zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln und anderen Waren zu bezahlen, um diesen Teil des von unseren Streitkräften besetzten Deutschlands vor Hunger und fast völliger Auflösung zu bewahren. Mit anderen Worten: Reparationen aus der laufenden Produktion — d. h. täglich Ausführen deutscher Produktionsgüter ohne Rückzahlung — könnten nur dann entnommen werden, wenn die Län-der, die Deutschland zur Zeit versorgen, hauptsächlich die Vereinigten Staaten, die Rechnung bezahlen.

Was wir hineinsetzen, ziehen die Russen wieder heraus.

Diese wirtschaftliche Realität bildet je-doch nur eine Seite der sowjetischen Reparationsansprüche. In der Ostzone

entnimmt die Sowjetunion Reparationen aus der laufenden Produktion und hat weiter unter dem Deckmantel der Re-parationen umfangreiche Unternehmen an sich genommen, um sie zu einem gigantischen Trust zusammenzuschließen, der einen wesentlichen Teil der Industrie dieser Zone umfaßt. Daran ist eine Art monopolistischer Würge-griff um das wirtschaftliche und po-litische Leben Ostdeutschlands gewor-den, der aus diesem Gebiet nur wenig mehr als eine abhängige Provinz der Sowjetunion macht. Ein aus-schlaggebender Grund dafür, daß es nicht gelang, in London zu einer Einigung zu kommen, war meiner Meinung nach der sowjetische Entschluß, in kei-ner Weise die Herrschaft über Ost-deutschland zu lockern. Die Annahme der sowjetischen Ansprüche auf Re-parationen aus der laufenden Produktion der Westzonen würde diesen Würgegriff auf das künftige Wirtschaftsleben ganz Deutschlands ausdehnen.

Neue Konferenz im nächsten Jahr mög-lich

Washington, 20. Dez. (Reuter-Dena.) Beobachter in Washington sind der An-sicht, daß die 15 Nationen, die an der Pariser Wirtschaftskonferenz teilgenom-men haben, im nächsten Jahr wahrschein-lich erneut zusammenkommen werden, um einen Arbeitsplan für Europa unter Zugrundelegung des Hilfsprogramms zu erörtern, das Präsident Truman dem amerikanischen Kongreß vorgelegt hat. Diese Maßnahme würde nach Ansicht der gleichen Kreise eine äußerst kon-struktive Antwort auf den Zusammen-bruch der Londoner Konferenz sein. Die Erklärung Marshall's, alle weiteren Be-mühungen um die Friedensregelung müßten bis zur Auswirkung des Marshall-Planes zurückgestellt werden, wird da-hingehend ausgelegt, daß der Außen-ministerrat seine Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag wahr-scheinlich nicht vor dem Jahre 1949 wie-der aufnehmen werde, wenn sich der erste Jahresplan bewährt habe. In Krei-sen des amerikanischen Kongresses herrscht die Meinung, daß nichts einen günstigeren Eindruck auf den Kongreß machen würde als Berichte, daß die europäischen Länder begonnen hätten,

Keine Demontage nach dem Osten

Washington, 20. Dez. (Dena.) Der republikanische Senator Arthur Vandenberg erklärte laut INS, das amerikanische Außenministerium habe beschlossen, keine weiteren demontierten deutschen Fabriken mehr nach dem Osten zu liefern. Vandenberg gab diese Erklärung zu einem Vorschlag des Bewilligungs-ausschusses des Senats ab, wonach weite-re Demontagen nichtmilitärischer Fabri-ken in der Bizone eingestellt werden sollten.

Washington, 20. Sept. (Dena-Reuter.) Der amerikanische Senat billigte eine Übergangshilfe für Europa in Höhe von 500 Millionen Dollar, davon 50 Millionen Dollar für Frankreich, Italien und Oester-reich und weitere 15 Millionen Dollar für China. Der Senat billigte ferner die für die amerikanischen Besatzungszonen in Europa und Asien vorgesehenen Be-träge.

Die russische Propaganda-Erklärungen

Während dieser Verhandlungsphase bestand Molotov darauf, daß die vier Mächte der sofortigen Erreichung einer deutschen Zentralregierung zustimmen sollten. Obwohl die Vereinigten Staaten, wie ich glaube, die erste der vier Be-satzungsmächte waren, die in Moskau ihrem Wunsch nach Schaffung einer deut-schen provisorischen Zentralregierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt Aus-druck gaben, war es doch offensichtlich, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Aufteilung Deutschlands überwunden und die Bedingungen für die deutsche politische und wirtschaftliche Einheit ge-schaffen sein würden, jede Zentralregie-rung ein Scheingebilde und keine Realität wäre. Diese Auffassung wurde von den anderen westlichen Delegationen geteilt, war jedoch für Molotov völlig unannehmbar. Das war der erste ein-deutige Beweis für seine Absicht, die Tagung als eine Gelegenheit für Propagandaaussagen zu benutzen, die deutschen Ohren gefällig sein würden. Nachdem sich die Stell-vertreter mehrere Tage mit dem österreichi-schen Vorschlag befaßt hatten, wurde dieser am 4. Dezember erneut der Außen-ministerratkonferenz vorgelegt. Die einzige dabei erörterte Frage war die Bestim-mung, welches tatsächlich die deutschen Vermögenswerte in Oesterreich waren, auf die die Sowjetunion auf Grund des Potsdamer Abkommens voll Anspruch erheben könnte. Dies war das Hindernis für die Erreichung eines endgültigen Übereinkommens über den Ver-tragsentwurf gewesen, und es war eine Frage, die darüber entscheiden würde, ob Oesterreich einer so umfassenden

Deutschlands politisch-wirtschaftliche Einheit

Ich will mich bemühen, kurz aufzuzei-gen, um welche Fragen es ging, ohne die darin einbezogenen längeren Diskus-sionen über einzelne Punkte erneut zu zitieren. Die allgemeine Problemstellung war einfach. Es handelte sich darum, ob Deutschland weiterhin geteilt bleiben soll oder nicht, oder ob sich die Alliierten über die Wiederherstellung eines verein-zigten Deutschlands einigen könnten. Bevor dies nicht erreicht werden konnte, mußten alle anderen mit Deutschland zusammenhängenden Fragen akademisch bleiben.

Welches waren also die besonderen Hindernisse, die sich der Schaffung einer deutschen wirtschaftlichen und politischen Einheit entgegenstellten? Die Delegation der Vereinigten Staaten war der Ansicht, daß die vier Besatzungsmächte gewisse grundlegende Entscheidungen treffen mußten, wenn eine deutsche Einheit erreicht werden sollte. Diese waren:

1. Die Beseitigung der künstli-chen Zonenengrenzen, um einen freien Verkehr von Personen, Gedanken und Gütern in dem gesamten Gebiet Deutschlands zu ermöglichen.
2. Der Verzicht der Besatzungsmächte auf den Besitz von Eigentum in Deutsch-land, das unter dem Deckmantel der Reparationen ohne ein Vier-mächteabkommen übernommen wurde.
3. Eine Währungsreform mit Einführung einer neuen gesunden Wäh-rung für ganz Deutschland.
4. Eine endgültige Festlegung der wirtschaftlichen Lasten, zu deren Übernehmen Deutschland für die Zukunft aufgefordert würde, das heißt, Besatzungskosten, Rückzahlung der von den Besatzungsmächten vorge-schossenen Gelder und Reparationen.
5. Ein umfassender Export-Im-port-Plan für ganz Deutschland.

Wenn diese grundlegenden Maßnah-men durch die Besatzungsmächte in Kraft gesetzt worden wären, dann sollte unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen die Schaffung einer provisorischen Regie-rung für ganz Deutschland in Angriff genommen werden.

Die Reparationen schälten sich bald als eine Schlüsselfrage heraus. Für diejenigen, die mit den ver-gangenen Verhandlungen über diese

„Wir geben die Hoffnung nicht auf“

Bidault berichtet über Londoner Konferenz — Amerikanischer Einfluß wichtig für Sicherheit und Frieden

Paris, 21. Dez. (Dena-Reuter.) Der fran-zösische Außenminister Georges Bi-dault erklärte im außenpolitischen Ausschuß der französischen Nationalver-sammlung, nach seiner Ansicht sei der amerikanische Einfluß in Europa sehr wichtig für die Sicherheit Frankreichs und den Frieden der Welt. Auf die Frage nach den Aussichten einer Drei-mächteallianz zwischen den Ver-einigten Staaten, Großbritannien und Frankreich erwiderte Bidault, bisher sei ihm ein solcher Vorschlag nicht vorge-legt worden, aber ich sage nicht, daß ich eine solche Regelung ablehnen würde“. Zu der Frage, ob der Vier-mächtekontrollrat in Berlin nach dem Abbruch der Außenministerkonferenz in London weiterarbeiten werde, sagte Bi-dault, er denke, daß die Arbeit des Kontrollrats fortgesetzt werde, obwohl er bezweifle, daß diese Körperschaft viel erreichen könne, da eine Zusammenarbeit nur dann wirksam sei, wenn sie auf allen Ebenen und nicht im Kontrollrat allein durchgeführt werde. Er glaube nicht, daß die sowjetische Regierung ihre Vertreter auffordern werde, den Kontrollrat zu verlassen, da dies gegen das Potsdamer Abkommen verstöße würde. In einem ausführlichen Bericht über die Londoner Konferenz und ihren Fehlschlag sagte Bidault: „Es ist besser, die Verhandlungen zu verlagern und auf den Zeitpunkt zu warten, an dem die Diskussionen wieder erfolgreich sein können. Wir geben die Hoffnung nicht auf. Es wird vielleicht die Zeit kommen, wenn durch Vermittlung eine gegenseitige Verständigung erreicht werden kann. Frank-reich beabsichtigt, von nun an mit diesen Vermittlungsversuchen solange zu war-ten, bis sie eine Chance haben, nicht nur uns, sondern allen dienlich zu sein.“

Freudige Aufnahme in Frankreich Paris, 20. Dez. (Dena-Reuter.) Die Bot-schaft Präsident Trumans an den Kongreß wurde in den verantwortlichen Kreisen Frankreichs und von der fran-zösischen Bevölkerung wärmstens be-grüßt. Die Tatsache, daß die amerikani-sche Regierung entschlossen und schnell auf die Marshallrede reagiert hat, wurde allgemein anerkannt. Gleichzeitig aber war man in offiziellen Kreisen der An-sicht, daß Gegner des Marshall-Planes die Annahmebedingungen als eine Art direkte Erniedrigung in die wirtschaftli-chen Angelegenheiten souveräner Staa-ten betrachteten und dies gegen deren Regierungen politisch benützen werden.

von Unterstützungsgeldern sich lediglich auf ein Jahr beschränken sollte. Die Be-gehrung habe den Ernst der Lage über-trieben, sagte er und fügte hinzu: „Die Leute geben nicht völlig zugrunde; sie leben auch so weiter.“ In der „New York Times“ sagen erprobte Kongreßmitglie-der voraus, daß das Hilfsprogramm trotz einiger scharfer Angriffe letzten Endes vom Kongreß in großen Zügen in der Form gebilligt werden wird, wie Prä-sident Truman in seiner Botschaft un-terlassen hat. Sie erwarten, daß sich eine ansehnliche Gruppe von Senator Taft scharen wird, um das Hilfsprogramm zu-nächst auf ein Jahr zu beschränken. Es sei jedoch erst abzuwarten, ob diese For-derung die Unterstützung der Mehrheit erhalten wird.

Taft verlangt Einschränkungen

Washington, 21. Dez. (Dena-Reuter.) Senator Robert A. Taft wandte sich gegen den Umfang der Vier-Jahres-Unterstüt-zung von 17 Milliarden Dollar an Euro-pa, die Präsident Truman in seiner Botschaft an den Kongreß gefordert hatte. Er verlangt, daß eine Bewilligung

Großmächte stehen am Wendepunkt

London, 21. Dez. (Dena-Reuter.) Es ist gegenwärtig klarer als zu irgendeinem Zeitpunkt seit Kriegsende, daß die Groß-mächte in ihren Beziehungen zueinander an einem Wendepunkt stehen, schreibt Sylvian Mansfield, ein britischer Korrespondent auf und die Spekulationen beginnen. Seit dem Scheitern der Außenministerkonferenz haben weder die Vereinigten Staa-ten noch die Sowjetunion etwas darüber verlauten lassen, was sie nunmehr zu tun beabsichtigen. Die Frage, um die es geht, ist nicht weniger als eine Ent-scheidung darüber, ob man weiterhin versuchen wird, die bereits auseinander-fallende Struktur der alliierten Zusam-menarbeit zu erhalten, oder ob vor der Welt erklärt werden soll, daß die Zu-kunft vom Ausgang eines offenen Kampfes zweier feindlicher Systeme abhängt wird, die ihre Weltansichten durch-zusetzen versuchen, wo sie nur können.

Der flitzende Puck

In einem Eishockey-Freundschaftsspiel besiegte am Sonntag der VfL Bad Nauheim den HC Stuttgart im Bad Nauheimer Eistadion mit 3:0 Toren.

Der ESV Frankfurt besiegte Berlin im Eishockey-Wettspiel um die deutsche Meisterschaft am Sonntagabend mit 18:4 Toren.

Der heimische Eishockeymeister VfL Bad Nauheim besiegte am Sonntag die Mannheimer SG im Freundschaftstreffen mit 2:1 Toren.

Im Wintersport-Stadion Prag schlug die tschechoslowakische Eishockey-Auswahlmannschaft für die olympischen Spiele die schwedische Ligamannschaft „Goets“ Stockholm mit 12:0 Toren.

Der tschechoslowakische Eishockeymeister LTC Prag rundete seine Gastspielreise durch Großbritannien mit einem 4:0-Erfolg gegen Englands Mannschaft ab.

Die österreichische Eishockey-Nationalmannschaft unterlag am Freitag in ihrem ersten Gastspiel in der Tschechoslowakei gegen SK Budejovice mit 7:0 Toren.

Die Prager „Sparta“ fertigte die österreichische Eishockey-Ländermannschaft am Sonntag in Prag mit 14:1 Toren ab.

Im Mannschaftskampf der Amateurböxer trennten sich der Sportverein Stuttgart-Prag und der mehrfache deutsche Mannschaftsmeister SC Colonia-Köln am Sonntag unentschieden 2:2.

Oesterreichs Aufgebot für die am 2. Januar 1948 in Wien stattfindende Weltmeisterschaft im Eishockey wird am Sonntag bekannt gegeben.

Die Jugendschwimmer des KSN 99 hatten gestern im Karlsruher Viererbad Nikar Heidelberg zu Gast und gewannen den Jugendkämpf mit 16:49 Punkten.

Infolge der schlechten Platzverhältnisse mußten sämtliche Handballspiele der Nord- und Südgruppe in Baden abgesetzt werden.

Brötzingen siegt weiterhin im Ringen

In der Schulturnhalle in Brötzingen fand der Ligakampf im Ringen zwischen SpV Brötzingen und KSV Kirlach statt.

Der deutsche Boxmeister im Fliegengewicht, Hans Schiffer (München-Gladbach), verteidigte am Sonntag in Leipzig vor zehntausend Zuschauern gegen den Herausforderer Heinz Götzke (Hamburg) seinen Titel durch ein Unentschieden erfolgreich.

Die Plakatsäule

Weihnachtsverkehr der Reichsbahn Die Pressstelle der Reichsbahndirektion teilt mit, daß die Lokomotivlage den Einsatz von Sonderzügen für die Weihnachtszeit nicht gestattet.

Alle Haus- und Grundstückeigentümer werden gebeten, Schnee und Eis auf Gehwegen sofort zu beseitigen und bei Glätte zu streuen.

Die vierordtbad ist am Mittwoch bis 11 Uhr geöffnet, Kassenschild jedoch schon vorher.

Das tapfere Schneiderlein Der Karlsruher Kammeroper wird am 22. Dezember, vormittags 10 Uhr, die Kinder der Karlsruher Neubürger und Kinder von bedürftigen Karlsruhern im Passage-Palast aufgeführt.

Ein Weihnachtsfeierabend für Neubürger findet am 22. Dezember, 18 Uhr, im Konzertsaal statt.

Ein Weihnachtsmotteteil wird am zweiten Weihnachtsfeiertag, 18 Uhr, in der Christuskirche Karlsruhe durchgeführt.

Räum- und Streupflicht bei Schnee und Glätte besteht zwischen 7 und 11 Uhr.

Der Altmeister schlug den Tabellenführer

Harte Kämpfe auf schwierigem Boden — Fußball- und Schneeballschlacht im Mühlburger Stadion

Table with 3 columns: Team, Result, Points. Shows VfL Neckarau 3:2 against VfB Mühlburg.

Die Spiele der Süddeutschen Oberliga wurden durch den Wettersturz stark beeinträchtigt. Drei der neun Spiele fielen völlig aus.

Als während der Pause legend ein Unbekannter mit einem Schneeball einem Schutzmann die Mütze vom Kopf warf, war das Signal zu einer allgemeinen Schneeballschlacht gegeben.

Aber dann, in der zweiten Halbzeit, wurde es ernst. Als Traub im Anschluss an eine Ecke den VfB wieder in Führung gebracht hatte, kam plötzlich in den bisherigen hartem, aber doch fairen Kampf eine Gansart, die mit Sport nichts mehr zu tun hat.

Die Spiele der Süddeutschen Oberliga wurden durch den Wettersturz stark beeinträchtigt. Drei der neun Spiele fielen völlig aus.

Die Spiele der Süddeutschen Oberliga wurden durch den Wettersturz stark beeinträchtigt. Drei der neun Spiele fielen völlig aus.

Unerwartete Ergebnisse in der Landesliga

VfR Pforzheim verlor den Lokalkampf — ASV Durlach von Knielingen geschlagen

Table with 3 columns: Team, Result, Points. Shows VfR Pforzheim 1:2 loss to VfL Neckarau.

Zuschauer waren auf dem Hofhof bei dem dramatischen Kampf, den der Club mit viel Glück knapp für sich entscheiden konnte.

Der Stadtrat war durch Oberbürgermeister Töpfer zu einer außerplanmäßigen öffentlichen Sitzung einberufen worden.

Kleine Karlsruher Chronik

Der Stadtrat war durch Oberbürgermeister Töpfer zu einer außerplanmäßigen öffentlichen Sitzung einberufen worden.

Kabarett-Notizen

Garwin ist der überragende Mann im neuen „Roland“-Programm, Hexenmeister und Baudirektor in einer Person.

Table with 3 columns: Team, Goals, Points. Shows VfL Neckarau 3:2 against VfB Mühlburg.

Die Spiele der Süddeutschen Oberliga wurden durch den Wettersturz stark beeinträchtigt. Drei der neun Spiele fielen völlig aus.

Boxsportbegeisterte Ettlinger

In einer sehr gut organisierten und trotz des Schneesturmes voll besuchten Boxveranstaltung standen sich am Freitagabend in der Ettlinger Stadthalle die Boxer der Sportvereine Ettlingen und Knielingen gegenüber.

Hier Radio Stuttgart

Tägliche Sendungen: Nachr. 8.45, 12.45, 18.45, 22.45; Stimme Amerika: 8.50, 19.00; Suchdienste: 9.15, P.C.I.R.O.: 11.30 Kinder.

Tauwetter

Übersicht: Tiefdruckstörungen, die aus dem Raum von Island nach Südosten ziehen, führen milde, ozeanische Luftmassen nach Mitteleuropa.